

Krziskewitz (CDU/DA):

Herr Abgeordneter! Könnten Sie uns vielleicht sagen, was das Ganze kosten soll; denn jeder Einreicher möchte ja bei haushaltswirksamen Vorlagen einen Kostenvoranschlag mitbringen.

**Bischoff (SPD):**

Erstens geht es darum, daß der Ministerrat eine Vorschrift erarbeitet. Zweitens wird in dieser Vorschrift auch enthalten sein, wie das zu erarbeiten ist und welches Gremium das bestätigt. Natürlich sollte man auch berücksichtigen, daß nicht nur Fraktionsgeschäftskosten da reinfallen sollten; denn eindeutig können die Kommunalverwaltungen, die Angestellten, die dort sind, schon einiges übernehmen. Aber wir müssen die Fraktionsarbeit wesentlich stärken; denn diese ist zur Zeit wegen fehlender Finanzen in den Kommunen sehr schlecht möglich.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :**

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Zunächst hat für die Fraktion der PDS das Wort der Abgeordnete Dr. Horst Kober.

**Dr. Kober für die Fraktion der PDS:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren Abgeordneten! Die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus unterstützt diesen Antrag der SPD, und wir sprechen uns auch aus für dessen Behandlung in den vorgeschlagenen Ausschüssen.

Für die Berechtigung dieses Antrags erscheinen mir explizit zwei Überlegungen bedeutsam zu sein:

Erstens: Mit den Kommunalwahlen am 6. Mai wurde sowohl der Inhalt der Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen wesentlich verändert als auch der zeitliche Umfang zur Bewältigung der Aufgaben beträchtlich erweitert. Jeder, der mit dieser Materie befaßt war oder ist, wird sicher hier gravierende Unterschiede zur Arbeitsweise vor dem 6. Mai konstatieren können. Das Erarbeiten fundierter Analysen und Unterlagen zur Entscheidungsfindung erfordert natürlich entsprechende materielle Ausstattungen und finanzielle Mittel.

Und eine zweite Überlegung: Niemand dürfte ernsthaft bestreiten, daß für das Funktionieren einer tatsächlichen kommunalen Selbstverwaltung das Wechselverhältnis zwischen den Fraktionen von großer Bedeutung ist. Die einzelnen Fraktionen müssen also in die Lage versetzt werden, unter gleichen Bedingungen und Voraussetzungen zu arbeiten.

Es sei aber bitte folgendes angemerkt: Bei allen guten Gründen, die für eine sehr schnelle materielle und finanzielle Ausstattung der Fraktionen sprechen, halte ich jedoch ein übergreifendes Problem für mindestens genauso relevant, nämlich die Finanzierung der Kommunen überhaupt.

Viele notwendigen Vorhaben bleiben gegenwärtig angesichts leerer Kassen auf der Strecke, und ich sehe zumindest eine wesentliche Ursache darin, daß der Abbau der Zentralisierung nicht im erforderlichen Maße mit einer entsprechenden Übergabe finanzieller Mittel und materieller Kapazitäten an die Städte und Gemeinden verbunden ist. Für die Regierung ist also dringender Handlungsbedarf gegeben. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Kney.

**Dr. Kney für die Fraktion der F.D.P.:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Oberflächlich betrachtet, scheint der Antrag der SPD-Fraktion das leidige Problem der fehlenden finanziellen und sachlichen Zuwendungen für die kommunalen Vertretungskörperschaften zu lösen. Ich lege aber das Schwergewicht auf „scheint“; denn nach Auffassung meiner Fraktion - und es ist auch meine persönliche Auffassung - schiebt dieser Antrag das eigentliche Problem lediglich vor sich her, löst es aber nicht.

Gleichwohl wird damit die Frage berührt: Wie kommen die Kommunen zu Geld? Und jeder von uns weiß aus seinem Wahlkreis heraus, daß der Ruf überall laut ist: Unsere Stadtkasse, unsere Gemeindekasse ist leer; wie sollen wir die Aufgaben, vor die wir uns gestellt sehen, lösen?

Andererseits - und das möchten wir bitte auch nicht übersehen, und es klang ja heute schon mal an - trennen sich viele Städte und Gemeinden nur schwer von kommunalem Eigentum und verkaufen nur zögerlich an Mittelständler, an Handwerker, an Händler, an Freiberufler, und ich betone, meine Damen und Herren: an Mittelständler, Handwerker, Händler ihrer Stadt. Obwohl diese sogar bereits mit heruntergekommenen Grundstücken vorlieb nehmen und ihre Bereitschaft signalisieren, dafür Investitionsmittel zu beleihen und diese Grundstücke wieder nach vorn zu bringen, Grund und Boden zu erwerben, um darauf zu bauen. Aber es fehlt oftmals an der erforderlichen Bereitschaft, mit ihnen kooperativ zusammenzuarbeiten.

Ich möchte auch von dieser Stelle ein Wort an unsere Kreditinstitute sagen. Auch sie sind in dieser Hinsicht oftmals noch zögerlich. Ich habe in mehreren Kreditinstituten in meinem Wahlkreis und darüber hinaus nachgefragt, ob denn der Begriff Eigenhilfekapitalprogramm bekannt ist, und ich habe in mehreren Fällen die Auskunft bekommen, daß in einem Kreditinstitut diese Möglichkeit, Mittelständler und andere zu beleihen, überhaupt nicht bekannt ist. Wie will man dann mit dem Personenkreis, der sich dann bei uns nach vorn arbeiten will, auch auf Finanzgebiet Zusammenarbeiten? Wir wissen, daß für beides - für den Erwerb von Grundstücken und für den Erwerb von kommunalem Eigentum an Grund und Boden - die Rechtsgrundlagen gegeben sind und damit auch gehandelt werden kann.

Meine Damen und Herren! Viele Bürgermeister, viele Stadtverwaltungen würden ja auch gern so reagieren und würden gern verkaufen. Und ich muß das hier so kritisch sagen: Die Blockade liegt in nicht seltenen Fällen bei ihrem Parlament, beim Stadtparlament, bei der Gemeindevertretung, die aus unterschiedlichen Gründen mit dem Antrag des Bürgermeisters oder der Stadtverwaltung nicht mitgehen wollen, weil mehrheitlich der Glaube vorherrscht, man müßte jetzt noch bißchen warten, es kommen ja noch in ein bis zwei Jahren sozusagen die reichen Geldgeber, die dann einsteigen würden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich halte das für fatal. Wer so handelt, meine Damen und Herren, braucht sich nicht zu beklagen, wenn in seiner Kasse zur Zeit kein Geld ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Schlimmer noch: Der wird auch in den nächsten Jahren nicht dafür sorgen, daß möglichst schnell Geld in seine Kasse kommt, denn er hat im Grunde genommen die erste Runde schon verpaßt, dann können nämlich schon im nächsten Jahr die Steuern der Mittelständler, der Freiberufler in der Stadt, in der Gemeinde nicht greifen. Deshalb muß jetzt reagiert werden und nicht erst in ein oder zwei Jahren.

Am schlimmsten ist: All jene, die die Wirtschaft in den 5 Ländern im Osten Deutschlands nach vorn bringen wollen, werden mit diesen zögerlichen Entscheidungen schon jetzt um ihre Chance gebracht, weil nun mal Grund und Boden und ein Grundstück die Grundvoraussetzung jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit sind.